

Gernandt, Johannes

Article

Zunehmende Ungleichheit der Arbeitsverdienste

ZEW Wachstums- und Konjunkturanalysen

Provided in Cooperation with:

ZEW - Leibniz Centre for European Economic Research

Suggested Citation: Gernandt, Johannes (2007) : Zunehmende Ungleichheit der Arbeitsverdienste, ZEW Wachstums- und Konjunkturanalysen, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Mannheim, Vol. 10, Iss. 3, pp. 10-11

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/125983>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Zunehmende Ungleichheit der Arbeitsverdienste

Die Lohnverteilung in Deutschland war lange Zeit durch eine bemerkenswerte Stabilität gekennzeichnet. Nach den Ergebnissen einer Studie des ZEW hat sich dies geändert. Beginnend mit den Jahren 1993 und 1994, also im Anschluss an die Rezession nach der deutschen Wiedervereinigung, nimmt die Lohnungleichheit stetig zu. Die Studie analysiert das Ausmaß, die Unterschiede und die Gemeinsamkeiten der Evolution der Lohnungleichheit in den neuen und alten Bundesländern.

Die ZEW-Studie untersucht die Entwicklung der realen Bruttostundenlöhne in den alten Bundesländern von 1984 bis zum Jahr 2005, in den neuen Bundesländern von 1992 an, ebenfalls bis 2005. Datenbasis ist das Sozio-Ökonomische Panel (SOEP) Berlin. In beiden Regionen sind die realen Bruttoarbeitsverdienste je Stunde zwischen 1992 und 2005 gestiegen, wobei der Anstieg in Ostdeutschland 52 v.H. und in Westdeutschland 9 v.H. betrug. Eine vollständige Angleichung der Lohnniveaus in den beiden Regionen hat noch nicht stattgefunden, wengleich die Niveauunterschiede durch das relativ stürmische Wachstum der Arbeitsverdienste in den neuen Bundesländern auf etwa 25 v.H. zurückgegangen sind.

Lohnungleichheit nimmt zu

Trotz der Unterschiede in der Wachstumsdynamik weist die Entwicklung der Spreizung oder Ungleichheit der Arbeitsverdienste in beiden Regionen Gemeinsamkeiten auf. Im weiteren Zentrum der Studie steht daher die Evolution der Lohnungleichheit. Alle folgenden Angaben beziehen sich auf die Gruppe der 25 bis 55jährigen abhängig beschäftigten Männer. Die Ergebnisse für diese Teilstichprobe dienen der internationalen Vergleichbarkeit. In dieser Gruppe ist die Erwerbsbeteiligung durchgehend relativ stabil. Damit wird das Maß der Ungleichheit weniger stark von der Mobilität in die und aus der Erwerbstätigkeit beeinflusst.

Skalare Maße der Ungleichheit werden mit der Hilfe von Lohnperzentilen gebildet. Das 10. Perzentil stellt den Lohn der Geringverdiener dar, der von 90 v.H. der Beschäftigten der Stichprobe über-

troffen wird, das 50. Perzentil den Lohn, den gerade 50 v.H. der Beschäftigten erreichen. Das 90. Perzentil stellt den Lohn der Topverdiener dar, der nur noch von 10 v.H. der Beschäftigten der Stichprobe übertroffen wird. Der Quotient zwischen dem 90. und 10. Perzentil dient als Maß der Ungleichheit der Löhne.

Die Abbildung zeigt die Entwicklung der Löhne für die alten Bundesländer beginnend im Jahre 1984, für die neuen Bundesländer beginnend im Jahre 1994. Der Verlauf des 90., des 50. und des 10. Perzentils zeigt die Aufspreizung der Lohnverteilung. Um die Zunahme der verschiedenen Perzentile zu veranschaulichen, wurden die Werte zum Beginn jeweils auf eins normiert. Desweiteren zeigt die Grafik den Quotient des Lohns am 90. und 10. Perzentil.

In den alten Bundesländern verdienten Topverdiener im Jahre 1984 etwas mehr als das Doppelte der Geringverdiener. Der Quotient lag bei 2,14 und sank bis zum Jahre 1994 leicht auf 2,11. Dies deutet auf die im internationalen Vergleich in diesem Zeitraum beachtenswerte Stabilität der Lohnverteilung hin. Zwischen den Jahren 1994 und 2005 stieg der Quotient auf 2,51, eine Zunahme um etwa 22 v.H. Aktuell liegt der Arbeitsverdienst pro Stunde der Topverdiener um das Zweieinhalbfache über dem Lohn der Geringverdiener.

In den neuen Bundesländern stieg das Maß der Lohnungleichheit von 2,26 im Jahre 1994 sogar auf 2,93 im Jahre 2005. Die Lohnungleichheit hat somit in den neuen Bundesländern von einem leicht höheren Niveau etwa vergleichbar zugenommen. In den neuen Bundesländern ist der Arbeitsverdienst pro Stunde der Topverdiener fast dreimal so hoch wie derjenige der Geringverdiener.

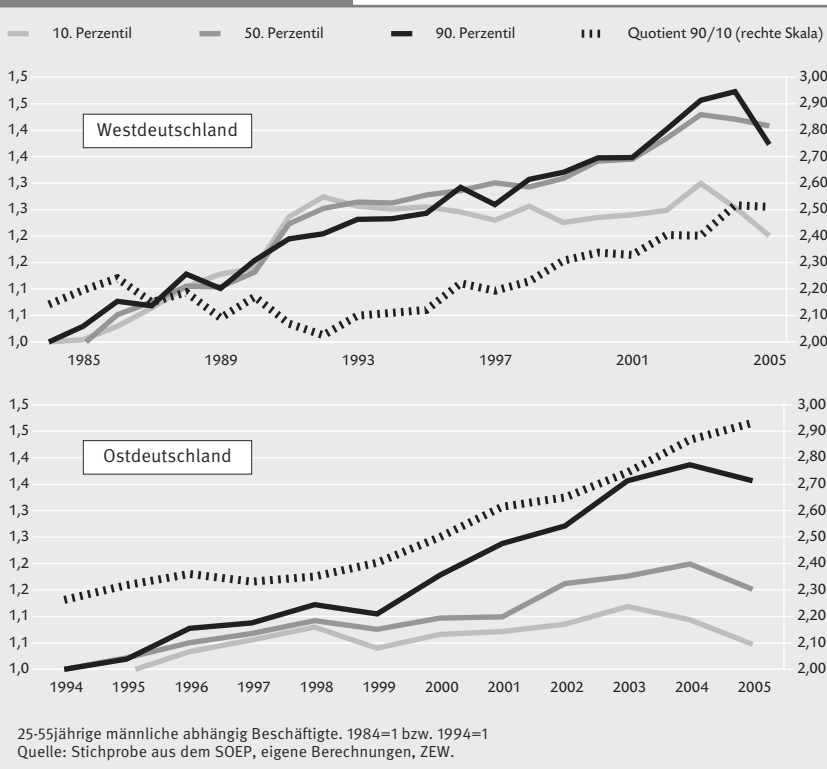
Ursachen der Lohnungleichheit

Zwei wichtige Ursachen für die beschriebene Entwicklung sind die Globalisierung und der nicht neutrale technische Fortschritt ("skilled biased technical progress"). Universell einsetzbare Technologien, wie Personalcomputer und Internet, tragen dazu bei, dass Informationen schneller in die Wertschöpfungsprozesse der Unternehmen aller Wirtschaftsbereiche fließen. Der Einsatz der Mikroelektronik befördert deren Nachfrage nach akademisch ausgebildeten Fachkräften überproportional. Im Innovationswettbewerb haben kleine Informations- und Zeitvorteile häufiger langfristige Wirkungen als früher. Das hat zu einer Zunahme der Ungleichheit der Arbeitsproduktivität und der Arbeitsverdienste beigetragen.

Als dritte Ursache wird vielfach der Rückgang der Mitgliederzahlen der Gewerkschaften genannt. Da Gewerkschaften mehr auf gleiche Löhne hinwirken, könnte dies mit einer Zunahme der Ungleichheit einhergehen. Die Kausalitätsfrage ist jedoch nicht so eindeutig zu beantworten. Denn der Einfluss einer Gewerkschaft auf die Lohnbildung geht mit der Zunahme der Heterogenität in den Arbeitsproduktivitäten und einer elastischeren Arbeitsnachfrage erfahrungsgemäß zurück. Es könnte also auch so sein, dass die Computerrevolution, zusammen mit einer Zunahme an Akademikern, auch ein wichtiger Grund für den beobachteten Rückgang der Gewerkschaftsmitgliedschaft in Deutschland ist.

In den alten Bundesländern gehen 65 v.H. der Zunahme der Lohnungleichheit auf die Zunahme zwischen dem Median und dem 10. Perzentil zurück. Ein spezifischer Grund für die Zunahme der Lohnungleichheit im unteren Lohnbereich ist die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit in den alten Bundesländern, die den Lohnruck nach unten verstärkt. In den neuen Bundesländern gehen 61 v.H. der Zunahme der Lohnungleichheit auf die Zunahme zwischen

Evolution der Lohnungleichheit



dem Median und dem 90. Perzentil zurück. Einen spezifischen Grund für die Zunahme der Lohnungleichheit im oberen Lohnbereich sehen wir im Wettbewerb um (hoch-)qualifizierte Arbeitskräfte mit den alten Bundesländern, der den Lohnsog nach oben befördert hat.

Obwohl die Zunahme der Lohnungleichheit für alle Beschäftigtengruppen stattgefunden hat, sind bestimmte Gruppen von Arbeitnehmern stärker als andere betroffen. Nach den Ergebnissen der ZEW-Studie ist die Ungleichheit bei westdeutschen Arbeitnehmern, die eine Betriebszugehörigkeit von weniger als sieben Jahre aufweisen, überdurchschnittlich gestiegen. Arbeitnehmer, die eine Betriebszugehörigkeit von mehr als sieben Jahre aufweisen, zeigen eine unterdurchschnittliche Zunahme der Ungleichheit auf. Das Ergebnis deutet auf Lohnrigiditäten hin, von der Beschäftigte mit längerer Betriebszugehörigkeit stärker profitieren. Hohe Arbeitslosigkeit und die Mobilität der Beschäftigten verstärken den Wettbewerb um attraktive Arbeitsstellen. Aus Effizienzlohngründen senken Unternehmen in der Regel jedoch nicht die Löhne der bereits Beschäftigten, sondern reagieren eher mit Arbeitszeit- oder Beschäftigungsreduktion. Bei einem Überangebot an Arbeits-

uchenden wird der Lohnwettbewerb daher eher für die Neueinstellungen relevant. Die Lohnungleichheit in dieser Gruppe hat, wie die ZEW-Ergebnisse zeigen, tatsächlich stärker zugenommen.

Mit ökonomischen Dekompositionsmethoden können Ausstattungseffekte und Preiseffekte für die Zunahme der Lohnungleichheit abgeschätzt werden. Ausstattungseffekte fangen Veränderungen in der Zusammensetzung der Arbeitnehmerschaft auf, wie beispielsweise ein höheres Bildungsniveau. Preiseffekte erklären den Teil der Lohnspreizung, der auf veränderte Renditen zurückzuführen ist, beispielsweise veränderte Bildungsrenditen.

In den alten Bundesländern können Ausstattungseffekte etwa ein Drittel der Zunahme der Ungleichheit erklären. In den neuen Bundesländern dominieren Preiseffekte, die etwa 60 v.H. der Zunahme erklären können. Interessanterweise entspricht dieses Muster der Zunahme der Lohnungleichheit in den neuen Bundesländern damit stärker der Situation in den USA, wengleich mit einer zeitlichen Verzögerung von etwa 20 Jahren. Vor etwa zwanzig Jahren ist die Lohnungleichheit in den USA stark gestiegen, wobei auch dort Preiseffekte dominierten und Absolventen

von Universitäten eine deutlichere Lohnzunahme erzielen konnten.

Im internationalen Vergleich erscheint die Lohnungleichheit in Deutschland immer noch relativ gering. In Europa hat Schweden (ebenso wie andere Länder Skandinaviens) eine etwas niedrigere Lohnungleichheit (2), während Spanien und Großbritannien eine höhere (3,2, 3,5) Ungleichheit aufweisen. In Kanada und den USA ist die Lohnungleichheit noch höher (4,5), in Australien liegt sie bei etwa 7,5. Am höchsten ist die Lohnungleichheit in den aufstrebenden Industrienationen Brasilien, Indien oder China. Dort verdient ein Topverdiener einen Arbeitsverdienst, der bis zu zehnmal so hoch wie derjenige des Geringverdieners ist.

Ökonomische Überlegungen deuten darauf hin, dass eine zu große Ungleichheit der Arbeitsverdienste die Arbeitsproduktivität in den Unternehmen, das Wirtschaftswachstum und die wirtschaftliche Entwicklung hemmen kann, ebenso wie eine zu geringe Ungleichheit. Eine zu geringe Differenzierung kann den Ertrag von Bildung reduzieren. Daher können die Anreize für Investitionen in das Humankapital zu niedrig ausfallen, mit langfristig negativen Folgen für das Wirtschaftswachstum. Eine zu hohe Ungleichheit der Arbeitsproduktivitäten kann aus innerbetrieblichen Fairnessgründen der Entwicklung der Produktivität schaden. Auch kann die gesamtwirtschaftliche Nachfrage im Wachstumsprozess zu gering ausfallen.

Forschungsfrage

Bislang gibt es noch kaum wissenschaftliche Erkenntnisse darüber, ob die Zunahme der Lohnungleichheit in Deutschland positiv oder negativ zu beurteilen ist. Die Beantwortung dieser volkswirtschaftlich wichtigen Frage wird sicher auch davon abhängen, ob die Konsequenzen für das Bruttonationalprodukt, die Beschäftigung oder das verfügbare Haushaltseinkommen und dessen Verteilung betrachtet werden.

Johannes Gernandt, gernandt@zew.de
PD Dr. Friedhelm Pfeiffer, pfeiffer@zew.de

Literatur:

- Gernandt, J. und F. Pfeiffer (2006), Rising Wage Inequality in Germany, ZEW Discussion Paper No. 06-19.